

27. IX. 1919

146

Die Finanzlage der Gemeinde Wien.

44. Berichterstatte SR. Breitner: Zahl 15620, Post 24, betrifft einen Bericht über die Finanzlage der

Gemeinde, und zwar den Antrag, einen Betrag von 30,000.000 Kronen vom Investitionsanlehen vorschußweise zur Deckung laufender Erfordernisse verwenden zu dürfen und 2. den Antrag, bei der Gebarung im Budgetjahre 1919/20 zu trachten, mit den im Voranschlage vorgesehenen Ausgaben das Auskommen zu finden.

Meine Damen und Herren, der letztere Teil ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Es ist Pflicht der Gemeindevertretung darauf zu achten, daß mit dem Voranschlage das Auslangen gefunden wird und in normalen Zeiten würde man einen solchen Antrag sonderbar empfinden. Nun leben wir aber in außergewöhnlichen Zeiten und es ist daher tatsächlich notwendig, angesichts der krisenhaften Gestaltung, welche die Finanzlage der Gemeinde Wien angenommen hat, die alleräußerste Sparsamkeit walten zu lassen. Insbesondere, was die Kassengebarung anlangt, muß man wohl sagen, daß es in der Gemeinde Wien noch niemals Zeiten gegeben hat, die derart schwierig gewesen sind wie die gegenwärtigen. Jeder Monatserste, da die Gehalte und Löhne bezahlt werden müssen, bringt schwere und drückende Sorgen für die Gemeindevertretung und in erster Linie für das Gemeinderatspräsidium. Eine Reihe von Außenständen, die wir bei verschiedenen Behörden haben, konnten bisnun nicht oder nur in verschwindenden Teilen eingebracht werden. Am 30. August hat der Herr Bürgermeister in Begleitung des Referenten eine Rundfahrt angetreten, um beim Lande Niederösterreich und beim liquidierenden Kriegsministerium Teile der Außenstände hereinzubekommen, weil sonst tatsächlich die Auszahlung der Gehalte auf Schwierigkeiten gestoßen wäre. Wir haben vom Lande Niederösterreich ungefähr 22,000.000 K aus den Ueberweisungen zu fordern, welche es vom Staate bekommt und welche uns zum Teile zufließen. Das Land Niederösterreich ist nun in Streitigkeiten mit dem Staate, weil es die Erklärung, daß es auf die Einkommensteuerzuschläge, welche eine Voraussetzung dieser Ueberweisungen bilden, verzichtet, nicht abgeben will. Der Herr Bürgermeister hat den Herren des Landes klargemacht, daß es vollkommen unmöglich ist, daß der Kampf auf dem Rücken der Gemeinde ausgefochten wird und daß sich das Land mit dem Staate in aller kürzester Frist auseinandersetzen müsse und daß wir auf die 22,000.000 K, beziehungsweise deren Einzahlung unbedingt beharren müssen. Vor kurzer Zeit ist uns nun die Mitteilung gekommen, daß das Land eine a conto-Zahlung von 10,000.000 K leistet. Ich muß noch erwähnen, daß von den Rückständen aus dem Jahre 1918 noch ein Betrag von 1,800.000 Kronen vorhanden ist, den wir einfach gelegentlich der nächsten Steuereinhebung kürzen werden, weil wir nicht in der Lage sind, an das Land Niederösterreich Vorschüsse zu erteilen.

Einen sehr hohen Betrag haben wir auch vom liquidierenden Kriegsministerium zu fordern. Es sind 14,500.000 K, die wir für die Wiederherstellung der Schulen und ungefähr 4,500.000 K, die wir für die Lieferung von Holz, Gas und Elektrizität zu fordern haben. Es hat auch eine Vorsprache beim Leiter des liquidierenden Kriegsministeriums, Homann, stattgefunden, der sehr freundlich und liebenswürdig war, aber sachlich war der Erfolg äußerst geringfügig. Das liquidierende Kriegsministerium nimmt den Standpunkt ein, daß es alle Ansprüche, die aus dem Kriegsleistungsgesetz entstammen, aus grundsätzlichen Erwägungen nicht liquidieren kann, sondern erst einer Zeit vorbehalten sein muß, bis der Friedensvertrag klare Verhältnisse geschaffen hat.